

Zeitschrift: Mittex : die Fachzeitschrift für textile Garn- und Flächenherstellung im deutschsprachigen Europa

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung von Textilfachleuten

Band: 78 (1971)

Heft: 6

Artikel: Bemerkungen zum Stand der europäischen Integration

Autor: Bosshard, Rudolf

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-679186>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bemerkungen zum Stand der europäischen Integration

zweckmässige Organisation, d. h. die Schaffung von regionalen Schulzentren von angemessener Grösse, welche die Bildung von reinen, nach Lehrjahren gegliederten Klassen für jeden einzelnen Beruf ermöglichen. Hier ist interkantonalen Planungen ein dringendes Gebot, und es ist auch unvermeidlich, dass in nächster Zeit noch verschiedene kleine und kleinste Berufsschulen ihre Tore werden schliessen müssen.

Wenn abschliessend noch ein Blick auf die

Verhältnisse in der Textilindustrie

geworfen wird, so fallen zwei Merkmale besonders auf. Das eine sind die zahlreichen Lehrberufe mit in der Regel sehr kleinen Lehrlingsbeständen. Die 19 in eidgenössischen Reglementen geordneten Lehrberufe wiesen Ende 1970 insgesamt bloss 173 Lehrlinge und Lehrtöchter auf, also im Mittel nicht einmal 10 pro Beruf. Dazu kommen noch 23 weitere Berufe, für welche den Kantonen im Laufe der Jahre die Entgegennahme von Lehrverträgen auf Zusehen hin gestattet wurde. Auch hier handelt es sich durchwegs um mit Lehrlingen sehr schwach versehene Berufe; in nicht weniger als 14 derselben bestand im Jahre 1970 überhaupt kein einziges Lehrverhältnis! Bei dieser Sachlage ist eine «Flurbereinigung» dringend nötig, wobei vor allem abzuklären sein wird, welche von den 23 auf Zusehen hin anerkannten Berufen wirklich als Lehrberufe im Sinne des Berufsbildungsgesetzes gelten können. Das zweite Merkmal liegt darin, dass es bisher an einer systematischen, über den Bereich der einzelnen Branchenverbände hinausreichenden Konzeption der Berufsbildung gefehlt hat, wie das die grosse Zersplitterung deutlich zeigt. In dieser Hinsicht befindet sich die Textilindustrie gegenüber anderen Industriezweigen offensichtlich im Rückstand, was der Gewinnung eines guten Nachwuchses selbstverständlich nicht förderlich ist. Erfreulicherweise bahnt sich nun seit einiger Zeit eine Zusammenarbeit unter den verschiedenen Branchenverbänden an, indem versucht wird, Berufe mit ähnlichem Inhalt in einen gemeinsamen Grundberuf zusammenzufassen, wie das z. B. für den Textilmechaniker zutrifft, in welchem Beruf die bisherigen Lehrberufe des Spinnereimechanikers, des Webereimaschinenvorrichters und des Zwirnermechanikers aufgingen. In dieser Richtung muss konsequent und energisch weiter gearbeitet werden, wenn die Textilindustrie im Kampf um den zahlenmässig knappen Nachwuchs «bei den Leuten bleiben» will. Da ein Teil ihrer Lehrberufe zudem sogenannte Kaderberufe sind, wo die Berufsleute nicht nur anspruchsvolle Arbeiten selber auszuführen haben, sondern auch ihnen unterstellte Arbeitskräfte anleiten und überwachen müssen, ist eine zeitgemässe und grosszügige Ordnung der Berufsbildung, die auch nicht davor zurückschrecken darf, das eine oder andere kompromisslos über Bord zu werfen, für die Textilindustrie von ausschlaggebender Bedeutung. Sie muss der Grundausbildung die gleiche Förderung zuteil werden lassen wie der Kaderausbildung an den Textilfachschulen, zu deren Stand und Ansehen man sie füglich beglückwünschen darf.

Fürspr. Hans Dellsperger

Seit zwei Jahrzehnten schon wird in wirtschaftlicher Hinsicht von europäischer Integration gesprochen und geschrieben. Die politische Idee ist Jahrhunderte alt. Und wo stehen wir heute?

Die EFTA hat ihr Ziel der Freihandelszone erreicht. Die EWG ist zur Zollunion geworden. Sie unternimmt grosse Anstrengungen, zum eigentlichen gemeinsamen Markt vorzudringen, wozu rechtlich und politisch allerdings noch einiges zu tun bleibt. Die EWG will auch ein ehrgeiziges und weiter entferntes Ziel anstreben, dasjenige einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Betrachtet man die Zeit, welche führende Politiker und Fachleute aller Ministerien aufwenden, so kommt man um die Feststellung nicht herum, dass alle Anstrengungen unternommen werden, um innerhalb der EWG über die erreichte Zollunion und den Agrarmarkt hinaus weiter fortzuschreiten. Gemessen an allem Zeitaufwand, scheinen die Resultate oft gering zu sein. Der stete Eifer aller Beteiligten zeigt aber doch, dass ein starker Wille besteht, trotz den vielen staatsrechtlichen und wirtschaftspolitischen staatlichen Hemmnissen den begonnenen Weg weiter zu gehen. Dazu gesellen sich die ernsthaften Bemühungen der EWG- und der EFTA-Länder, durch eine Erweiterung der EWG und durch andere Zusammenarbeitsformen möglichst viele westeuropäische Länder an dieser Entwicklung teilnehmen zu lassen. Auch die Schweiz ist diesen Anstrengungen nicht ferngeblieben. Sie hat mit den Europäischen Gemeinschaften während des vergangenen Winters und Frühjahrs sogenannte exploratorische Gespräche darüber geführt, inwieweit eine Teilnahme unseres Landes an einem grossen westeuropäischen Markt möglich wäre. Ob sich auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Gespräche eigentliche Verhandlungen eröffnen lassen, wird sich in den kommenden Monaten erweisen.

Der Begriff der Integration lässt sich abstrakt nicht definieren. Es handelt sich um einen Prozess, der wohl nie als abgeschlossen betrachtet sein kann. Integration ist an sich etwas dynamisches und nicht etwas statisches. Insofern trifft sich der Begriff der Integration sehr wohl mit der Tätigkeit der Wirtschaft, die immer dynamisch sein muss und sich neuen Verhältnissen anzupassen hat.

Nun könnte man sehr wohl die Frage stellen, ob es denn wirklich aller dieser staatlichen und zwischenstaatlichen Anstrengungen bedürfe, um wirtschaftliche Integration innerhalb Westeuropas zu betreiben, oder ob nicht die wirtschaftliche Tätigkeit selbst zu einer fortschreitenden Integration der westeuropäischen Wirtschaft führe. Eine präzise Antwort auf diese Frage zu geben, ist nicht möglich. Es wäre auch weder möglich noch sinnvoll, die Verdienste zwischen Wirtschaftsleuten und Politikern aufzuteilen zu wollen. Sicher ist, dass sich die Wirtschaft innerhalb Westeuropas und — wenn auch in etwas geringerem Masse — weltweit mit allen denkbaren Mitteln immer enger verflechtet; und ebenso sicher ist, dass die Regierungen ihr Bestes tun, um dieser Tätigkeit möglichst günstige Rahmenbedingungen zu verleihen.

Ein typisches Beispiel, das diese Feststellung zu erhärten vermag, sind die Zölle. Sowohl in der EFTA wie in der

EWG hat die Beseitigung der Zölle für den Warenverkehr innerhalb beider Staatengruppen positive Auswirkungen auf den Handel gehabt, während sich der Zollgraben zwischen EWG- und EFTA-Ländern nachteilig auswirkte. Dies gilt jedenfalls für die zollempfindlichen Produktgruppen, zu denen unter anderem die Textilien und die Bekleidungswaren gehören. Gerade hier haben die Erfahrungen gezeigt, dass für gesunde und dynamische Unternehmungen das Interesse grösser war, den freien Zugang zu neuen Märkten optimal auszunutzen, als den eigenen Markt durch mehr oder weniger bedeutende Zölle weiterhin zu schützen. Wenn nun heute Bestrebungen im Gange sind, Westeuropas Spaltung in zwei Wirtschaftsgruppen zu überwinden, so liegt dies eigentlich im natürlichen Lauf der Dinge. Die Schweiz selbst mit ihrer auch auf dem Textilsektor teilweise recht stark international ausgerichteten Wirtschaft hat allen Grund, sich dieser Entwicklung nicht zu verschliessen.

Der Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrievereins hat bei den seinen Sektionen angeschlossenen Unternehmungen eine Umfrage hierzu durchgeführt, deren Ergebnisse nunmehr ausgewertet sind. Das Resultat dieser Umfrage lässt sich recht einfach zusammenfassen:

- Die weit überwiegende Mehrzahl der Unternehmungen aller Branchen ist der Auffassung, dass eine *handelspolitische Isolierung der Schweiz* im Falle eines EWG-Beitritts Grossbritanniens, Dänemarks, Norwegens und Irlands *unerwünscht* wäre und substantielle wirtschaftliche Nachteile zur Folge hätte.
- Eine ebenso überwiegende Mehrzahl der Unternehmungen *lehnt einen Vollbeitritt der Schweiz zu den Europäischen Gemeinschaften ab*, da die aus dem Römer Vertrag und aus den weiteren Zielsetzungen der EG zu übernehmenden Verpflichtungen mit dem Willen zur Bewahrung unserer Eigenstaatlichkeit und unserer Staatsstruktur unvereinbar wären.
- Hingegen wird sehr weitgehend für Industrieerzeugnisse ein *zollfreier Güteraustausch zwischen der Schweiz und den erweiterten Europäischen Gemeinschaften gewünscht*, falls dieser zu einem vernünftigen gesamtwirtschaftlichen Preis erhältlich ist.

Wesentlich wäre dabei, dass die Schweiz ihren eigenen Zolltarif und ihre autonome Handelspolitik gegenüber Drittstaaten beibehalten könnte. Die schweizerische Wirtschaft hat alles Interesse daran, nicht allein in Westeuropa einen möglichst freien Warenverkehr zu erreichen, sondern ebenso sehr ihre weltweiten Beziehungen weiter fördern zu können. So eng sie mit den Europäischen Gemeinschaften wirtschaftlich zusammenzuarbeiten wünscht, so sehr liegt ihr auch daran, eine wirtschaftliche Abhängigkeit zu den EG nicht entstehen zu lassen.

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass eine Vereinfachung des Warenverkehrs innerhalb Westeuropas eigentlich im natürlichen Lauf der Dinge liege. Man kann nicht verkennen, dass die privatwirtschaftliche Verflechtung nicht allein die Produzenten betrifft, sondern im gleichen Masse die *Märkte*. Die Werbung greift seit einiger Zeit über die nationalen Grenzen hinaus. Neue, moderne

Verteilungsformen nach amerikanischem Muster sind auch in Europa im Entstehen begriffen. Diese Entwicklung der faktischen Begebenheiten zwingen Regierungen wie private Wirtschaft, sich den modernen Gegebenheiten anzupassen, die auch durch Zolltarife nicht verhindert werden können.

Ohne Zweifel stellt dies für die Wirtschaft strukturelle Probleme, die indessen unvermeidlich sind und in jedem Falle gelöst werden müssen. Ob die schweizerische Regierung mit den Europäischen Gemeinschaften eine beidseits befriedigende Integrationslösung aushandeln kann oder nicht, wird diesen Fragenkreis, vor dem die schweizerische Wirtschaft steht, nicht entscheidend beeinflussen. Es wird sich daraus aber ergeben, ob die schweizerische Wirtschaft unter günstigen oder weniger günstigen Bedingungen an ihre Zukunftsaufgaben herantreten kann.

Da die Marktstrukturen heute die Produktionsstrukturen mehr beeinflussen als umgekehrt, muss sich der Produzent immer mehr mit der Frage befassen, welche Abnehmerkreise er bedienen will und wie er an sie herantreten kann. Grossverteiler sind in erster Linie interessiert an preislich günstigen Massenprodukten. Auf längere Sicht gesehen, sind die Chancen der schweizerischen Industrie auf diesem Gebiet nicht besonders gross. Hingegen kann der schweizerische Unternehmer seine Stärken, die im mittleren, anpassungsfähigen Betrieb liegen, der zur Herstellung qualitativ höher stehender und in den Preisen weniger empfindlicher Produkte geeignet ist, zweifellos weiterhin zur Geltung bringen. Dies verlangt eine sorgfältige Beobachtung der Mode- und Markttendenzen und eine ebenso sorgfältige Pflege des Kontakts zu einer Vielzahl geeigneter Kunden. Dass dies möglich ist, haben alle Branchen der schweizerischen Industrie auf dem amerikanischen Markt durchaus bewiesen. Dazu gehört wohl auch, dass die schweizerischen Unternehmer — gerade im Textilbereich — vermehrt im Einkauf, in der Werbung und im Absatz zusammenzuarbeiten versuchen.

Diese Unternehmerentscheide sollen aber weiterhin möglichst frei gefällt werden können. Die weitgehende eigene Verantwortung des Unternehmers hat sich in der Schweiz bewährt. Darum steht die schweizerische Industrie gewissen Zielen der sogenannten zweiten Integrationsgeneration skeptisch gegenüber. So wäre eine Industriepolitik, durch die in Brüssel industriepolitische Prioritäten mehr oder weniger einseitig gesetzt würden, für unser Land weder geeignet noch erwünscht. Dasselbe gilt für die Wirtschafts- und Währungsunion.

Von weit grösserem Interesse ist es aber, dass die schweizerische Wirtschaftspolitik in einer Weise geführt wird, die den Unternehmungen die Anpassung an die Gegebenheiten eines grossen westeuropäischen Marktes erleichtert. In diesem Sinne seien die kurzen Bemerkungen mit der Feststellung geschlossen, dass zurzeit die schweizerische Arbeitsmarkt-, Kredit-, Finanz- und Währungspolitik die schweizerische Unternehmerschaft in höherem Masse beschäftigten als die Probleme der europäischen Integration.

Fürspr. Rudolf Bosshard